

Schwerpunkt

Den demografischen Wandel gestalten!

Editorial

Demografischer Wandel – Chance für eine nachhaltige Neugestaltung räumlicher und gesellschaftlicher Strukturen

Prof. Elke Pahl-Weber, Technische Universität Berlin



Stadtentwicklung

Der demografische Wandel und die Zukunft der Gesellschaft – Szenarien für den Umgang mit einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung 115

Dr. Joop de Vries, Maastricht
Thomas Perry, Sinus Sociovision, Heidelberg

Durchaus lernfähig: Ein Rückblick auf die Debatten und Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels in Deutschland 119

Prof. Dr. Christian Diller, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Gestaltung der Zukunft – Herausforderung an eine nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung 127

Patrick Döring, MdB, Berlin

Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels 130

Dr. Hans-Ulrich Oel, Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Potsdam

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kommunen – Kurzfristige Orientierung und langfristige Notwendigkeiten 135

Hans-Hermann Bode, Landeshauptstadt Schwerin

Die demografischen Veränderungen in den Kommunen meistern – Ein Beispiel: Arnsberg 139

Hans-Josef Vogel, Stadt Arnsberg

Wohnen im Alter – Alternative: Alters-WG? 143

Dr. Henning Scherf, Bremen

Die Stadt neu denken! – Demografieorientierte Kommunalpolitik in Bielefeld 146

Susanne Tatje, Stadt Bielefeld

Handlungsfelder eines Wohnungsunternehmens – Von Analysen zu qualitativen Veränderungen im Zuge des demografischen Wandels 149

Heinz-Peter Junker, Ruhr Lippe Wohnungsgesellschaft, Dortmund

Demografischer Wandel und geschlechtergerechte Planung – gemeinsame Implikationen für Quartier und Wohnung 152

Brigitte Rubarth, Bundesstadt Bonn

Zu- und Rückwanderung nach Ostdeutschland – Bevölkerungstabilisierung ostdeutscher Städte durch West-Ost-Wanderung 156

Dr. Hans-Liudger Dienel, Daphne Reim, Jenny Schmithals, nexus Institut Berlin

Die barrierefreie Stadt für eine alternde Gesellschaft – Von notwendigen Anpassungen im Bestand zum selbstverständlichen Bestandteil unserer Baukultur 161

Dr. Thomas Hafner, Gunther Wölflé, Sociopolis Berlin



Nachrichten

Fachliteratur 167



WohnungsMarktEntwicklung

Die regionale Arbeitsmarktentwicklung 2006 168

Bernd Hallenberg, vhw e. V., Berlin



Prof. Elke Pahl-Weber

Demografischer Wandel – Chance für eine nachhaltige Neugestaltung räumlicher und gesellschaftlicher Strukturen

Wir werden weniger, älter, bunter; dieses Tripel beschreibt den demografischen Wandel in Deutschland, und darunter ist

inzwischen eine relativ weite Verbreitung der Erkenntnisse zum demografischen Wandel eingetreten.

Das Wissen um den Wandel, insbesondere die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist nicht neu, aber das Thema hat in den vergangenen zwölf Monaten so viel Aufmerksamkeit erfahren, dass die Einsicht in die Notwendigkeiten, die dies für alle Politikbereiche mit sich bringt, langsam wächst.

Warum die Verbreitung von Wissen über den demografischen Wandel so langsam voranging, dazu gibt es zahlreiche Erklärungsansätze. Ich will hier noch einen eigenen hinzufügen:

Die Verbreitung des Wissens über den demografischen Wandel an Bürgerinnen und Bürger nimmt andere Wege als das Wissen über den wirtschaftsstrukturellen Wandel. Schließung von Betrieben, steigende Arbeitslosigkeitszahlen, Wechsel der Arbeitsplätze, Ausbildungsplatzmangel, Umzug, steigende Steuern, um soziale Lasten abzufedern, enorme Verdienstunterschiede in den neuen Branchen und den alten Produktionen: Der wirtschaftsstrukturelle Wandel wird in weiten Bereichen persönlich – sozusagen „am eigenen Leib“ – erfahren und wird häufig als ein Vorgang erlebt, der nicht selbst beschlossen wurde, sondern dem man „ausgesetzt“ ist. Der demografische Wandel, der zunächst durch eine Aufrechnung von Zahlen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungen besteht, bleibt nicht zuletzt deshalb so lange für den persönlichen Erfahrungshintergrund abstrakt, weil es gegebenenfalls eine ganze Generation braucht, bis sich im persönlichen Bereich eine Änderung einstellt, weil eigenes Verhalten als aktive persönliche Entscheidung gesehen wird – nein, ich will keine Kinder, ich konzentriere mich auf den Beruf. Im Bereich der notwendigen Pflege im Alter allerdings wird seit geraumer Zeit klar, dass der Bereich der persönlichen Entscheidungsfreiheit stark durch Angebote, Finanzierbarkeit und ebenfalls individuelle Lösungsstrategien bestimmt wird.

Dass die individuellen Entscheidungen strukturbildend sind und im demografischen Wandel Strukturveränderungen erforderlich werden, bietet eine Chance. Diese „Einigelungsreflexe“, wie sie Richard Sennett in seiner Literatur zur Kulturkritik beschreibt, stoßen im demografischen Wandel an ihre Grenzen: Der demografische Wandel ist individuell nicht zu bewältigen, er fordert den öffentlichen Dialog und die Belegung des öffentlichen Raumes im Sinne des physischen, aber auch des gemeinsamen Aktionsraumes.

Nicht nur für Deutschland und Europa ist die veränderte Bevölkerungsentwicklung, der demografische Wandel zu konstatieren, selbst in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern (wie China, Indien, Brasilien) sinken die Geburtenraten, und es steigt die Lebenserwartung. Von Japan ist dies ebenfalls seit geraumer Zeit bekannt. Damit verändern sich die Gesellschaften – ökonomische, soziale, politische und kulturelle Inhalte gesellschaftlichen Lebens stehen auf dem Prüfstand. Und eben daraus ergeben sich die Chancen, die zu ergreifen sind:

- der soziale, ökologische und ökonomische Umbau hin zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Räume, vor allem der Städte, in denen seit 2007 auf der ganzen Welt erstmals mehr Menschen leben als im ländlichen Raum,
- die in kooperativer Verantwortung zwischen Politik, Verwaltung sowie institutionellen und bürgerschaftlichen Akteuren zu gestaltenden Aufgaben der sozialen Sicherung,
- die fundierte Neuentwicklung eines nachhaltigen und hochqualitativen Bildungsangebots für alle Kinder und Jugendliche, die einem drohenden Arbeitskräftemangel entgegenwirken, beginnend bereits mit einer intensiven Kleinkindbetreuung und -förderung; dies auch im Sinne der Chance, dass der demografische Wandel für ein Thema sensibilisiert, das bislang keine ausreichend hohe Priorität genossen hat,
- die in synergetischer Zusammenarbeit zwischen den relevanten Ressorts in Politik und Verwaltung zu gestaltenden Aufgaben der Entwicklung der Städte als die Kerne künftiger Serviceleistungen/Daseinsvorsorge in den unterschiedlich strukturierten Räumen.

Leitbild für eine sich demografisch so stark verändernde Gesellschaft kann nicht die „Schumpfung“ sein, das Leitbild muss sich aus der Analyse der Konsequenzen, der Herausforderungen und der daraus abzuleitenden Handlungsfelder ergeben. Grundlage für ein solches Leitbild ist die „Generationengerechtigkeit“, die Vermeidung eines „Kriegs der Generationen“. Das Begriffspaar „Anpassen und Gegensteuern“ ist dafür eine strategische Leitlinie, denn das Ergreifen der Chancen kann mit einer reinen Anpassung sicherlich nicht erfolgen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Nutzung der im demografischen Wandel innewohnenden Chancen ist ein gutes Kommunikationskonzept. Nur auf der Grundlage aufgearbeiteter Daten, Fakten und kontextuellen Zusammenhängen kann eine Verständigung über ein Leitbild und die strategischen Handlungsfelder erfolgen. Dabei bin ich der festen Überzeugung, dass wir eines nicht brauchen: ein „Konzept Demografie“, das horizontal neben vorhandene Konzepte – wie ein Stadtentwicklungs- oder ein Infrastrukturkonzept – gestellt wird. Vielmehr ist der demografische Wandel ein Thema, das strategisch und konzeptionell in bestehende sowie noch neu zu strukturierende Handlungsfelder einbezogen werden muss. Die Ansätze, die in Deutschland gemacht werden, zeigen dies auch bereits, wie etwa die Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland, vereinbart von der Ministerkonferenz für Raumordnung und vorgelegt vom BMVBS 2006, die Ansätze der Bertelsmann-Stiftung mit dem Wegweiser demografischer Wandel oder die

Aufarbeitung des Deutschen Städtetages mit einer Sammlung guter Beispiele (2006). Der deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. wird als Ergebnis seiner Kommissionsarbeit zu den Chancen des demografischen Wandels im Herbst dieses Jahres einen Bericht vorlegen, in dem die auf die Handlungsfelder der Raumentwicklung bezogenen Ausgangsdaten, Strategien und Ansatzpunkte erstmals zusammenfassend aufgearbeitet sind.

Zu den Chancen kann auch gezählt werden, dass demografischer Wandel nicht individuell, sondern auch in weiten Bereichen nicht auf einen Ort bezogen bewältigt werden kann. Die konsequente Abstimmung über die Perspektiven einer Region ist unverzichtbar. Ein Einwohner mehr in Gemeinde A bedeutet womöglich einen Einwohner weniger in Gemeinde B – der Umgang mit solch destruktiven Verteilungskonflikten muss Teil der Leitbildentwicklung sein. Stadtumbau ist in diesem Zusammenhang zum Oberbegriff für die Anpassungs- und Gegensteuerungsleistungen der Städte geworden. Ein ähnliches Programm für die Orte, die sich auf Städte als Kerne in Zukunft werden konzentrieren müssen, müsste eigentlich den Stadtumbau ergänzen, sozusagen ein demografisch sensibles Programm zur Dorferneuerung.

Dabei will ich nicht einer Vielfalt von Programmen das Wort reden. Gerade im Stadtumbau stellen Städte in Ost- und Westdeutschland inzwischen fest, dass städtische Grundstrukturen angegriffen und verändert werden und eben nicht nur einzelne Programm-Gebiete im Blickfeld sind, sondern die Gesamtstädte. Ein ressortübergreifender Stadtumbauansatz, wie er in einigen wenigen Städten zurzeit diskutiert wird, hat dabei wiederum nicht nur die gesamte Stadt im Blickfeld, sondern bezieht konsequenterweise die Region mit ein. Dabei spielt nach wie vor das einzelne Quartier für die Entwicklung von Stabilisierungsstrategien eine große Rolle. Hier sind neue Akteurskonstellationen gefragt, die Politik, Verwaltung, institutionelles und bürgerschaftliches Engagement bündeln.

Der dafür notwendige Instrumentenkoffer liegt schon weitgehend vor, er enthält die einzelnen Instrumente „Monitoring“, „Evaluation“, „Kommunikation“, „Kooperation“, „Moderation“. „Förderung“ ist nicht auch darin, allerdings fordert gerade Stadtumbau weniger einzelne Förderprogramme, die auf spezielle Ausgangslagen zugeschnitten sind, sondern eher eine programmübergreifende Bündelung. Im Sinne einer Bündelung von Kräften wäre eben auch die Bündelung von finanziellen Ressourcen wünschenswert.

Ich wünsche diesem Heft und seinen Leserinnen und Lesern, dass seine Beiträge zum Instrument „Kommunikation“ lebhaft beitragen!



Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber
 Fachgebiet Bestandsentwicklung und Erneuerung von Siedlungseinheiten, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin